Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 30 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 390. Donnerstag den 19. November 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Freitag, den 20. November, Vormittags nur bis 9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Leipzig, 19. November.

* Aus Anlaß der bevorstehenden Vermählungsfeier sind der König und die Königin von Sachsen mit der Prinzessin Mathilde und den Prinzen Georg, Friedrich August, Johann Georg, Max und Albert gestern Abend 8 Uhr auf dem Nordwestbahnhofe in Wien eingetroffen und vom Kaiser und sämmtlichen in Wien anwesenden Erzherzögen daselbst empfangen worden. Zu dem Empfange waren der Stadtcommandant, der Statthalter, die Bürgermeister von Wien, der Polizeipräsident, sowie die Ehrencavaliere und die Spitzen der Militair- und Civilbehörden auf dem Bahnhofe anwesend. In der prächtig geschmückten Ankunftshalle war eine Ehrencompagnie mit Musik aufgestellt, auch der Schützenverein hatte mit seiner Capelle daselbst Aufstellung genommen. Kurz vor 8 Uhr betrat der Kaiser Franz Joseph, umgeben von den Erzherzögen, den Perron und wurde von der Capelle der Ehrencompagnie mit der Volkshymne begrüßt. Als der Hofzug in den Bahnhof einfuhr, intonirte die Musik der Ehrencompagnie die deutsche Nationalhymne. König Albert von Sachsen verließ zuerst den Zug und wurde vom Kaiser durch Umarmung und Kuß auf das Herzlichste begrüßt. Hierauf begrüßte der Kaiser die Königin Carola und küßte derselben die Hand; der Prinzessin Mathilde und den sächsischen Prinzen reichte der Kaiser unter Worten herzlicher Begrüßung die Hand. Nach der im kaiserlichen Salon stattgehabten Vorstellung geleitete der Kaiser die Königin zu dem Wagen. Die Abfahrt vom Bahnhof erfolgte unter Fanfarenklängen und dem Abspielen der deutschen Hymne. Die in den festlich beleuchteteten Straßen zahlreich versammelte Menschenmenge begrüßte die Majestäten mit stürmischen Rufen. In der Hofburg begrüßte die Erzherzogin Maria Theresia die sächsischen Herrschaften im Namen der Kaiserin, darauf folgte die Begrüßung durch die Erzherzoginnen. Auch Graf Kalnoky war in der Hofburg anwesend. Später fand Familiensouper statt.

* Zu dem Antrag Richter auf Bewilligung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten bemerkt die „Nationalliberale Corr.“: „Die Deutschfreisinnigen beabsichtigen, den Diätenantrag nicht als selbstständigen Antrag einzubringen, sondern nur als eine Resolution bei der Etatsberathung. Ein energisches Vorgehen in dieser Richtung scheinen also auch die Deutschfreisinnigen im Augenblick nicht für zweckmäßig zu halten. Aus Bundesrathskreisen hört man auch versichern, es sei zur Zeit nicht die mindeste Aussicht vorhanden, daß sich die Regierungen zur Aufhebung einer Bestimmung entschließen könnten, welche als eine, wenn auch schwache, Schranke gegen Ausschreitungen des allgemeinen gleichen Wahlrechts wirke. Bei der sicheren praktischen Erfolglosigkeit dieses Antrags wäre es wohl am zweckmäßigsten, die Frage überhaupt jetzt nicht in die parlamentarischen Kämpfe hineinzuwerfen.“

* Wie dem „Hamb. Corresp.“ zufolge aus gut unterrichteter Quelle verlautet, hat der Reichskanzler General v. Caprivi dem Grafen Kalnoky telegraphirt, um diesen zu seiner großen staatsmännischen Rede zu beglückwünschen.

* Die „Magdeb. Ztg.“ läßt sich Folgendes aus Berlin melden: „Die gestern Ihnen von anderer Seite zugegangene Nachricht, Fürst Bismarck habe einen Platz im Reichstag (und zwar den des verstorbenen Abg. v. Schleckmann) auf der Rechten des Hauses belegt, ist, wie ich von zuständiger Seite erfahre, irrig. Der Fürst hat noch keinen Platz im Hause belegt. Es ist lediglich von anderer Seite erwogen worden, daß, falls der Fürst hier erscheint, der genannte Platz, als leerstehend und seiner Lage nach angemessen, dem Fürsten angeboten werden könnte.“ Man darf bei der vorstehenden Mittheilung nicht außer Acht lassen, daß es von jeher das Bestreben der „Magdeb. Ztg.“ gewesen ist, die Sache so darzustellen, als ob Fürst Bismarck gut daran thun würde, nicht im Reichstag zu erscheinen. Nach unserem Dafürhalten sind alle spitzfindigen Erörterungen über den Eintritt des Fürsten Bismarck in den Reichstag zwecklos; hält derselbe sein Erscheinen in der parlamentarischen Arena für nothwendig, dann wird er sich durch die guten Rathschläge seiner Feinde und Hasser gewiß nicht davon abhalten lassen.“

* Die üblichen Uebersichten über die Geschäftsthätigkeit des preußischen Abgeordnetenhauses in der letzten Session, verfaßt von dem Bureaudirector Geh. Regierungsrath Kleinschmidt, sind nunmehr erschienen. Dieselben zerfallen in die Rednerliste, die Uebersicht über den Staatshaushaltsetat und die Hauptübersicht.

* Die Besprechung über die Gehaltsfrage und Stellung der wissenschaftlich gebildeten Beamten in Preußen kommt nicht zur Ruhe. Zu dem Plan, die Lehrer an den höheren Lehranstalten den Richtern an den Gerichten erster Instanz gleichzustellen, meinen die „Berliner Politischen Nachrichten“, daß dieser ernstlichen und schwer zu überwindenden finanziellen Schwierigkeiten begegne. Die meinen, daß jene Maßregel zu zahlreichen, schwer abzuweisenden Berufungen anderer Kategorien von Beamten führen würde. Ein Vergleich auch nur der jetzt in Aussicht genommenen Gehaltssätze der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten mit denen anderer Beamtenclassen zeige dies. Einschließlich der Oberlehrerzulage erreichen erstere den Höchstbetrag von 5400 ℳ, die Landräthe aber erhalten nach wie vor höchstens 4800 ℳ, obwohl ihre Stellung eine vergleichsweise größere Repräsentation bedingt. Den beiden Classen von Beamten mit akademischer Vorbildung, welche bisher allein ihrer besonders ungünstigen Lage wegen in dem Rahmen der allgemeinen Gehaltserhöhung eine Aufbesserung erfahren haben und welche daher am ehesten mit den in Rede stehenden Lehrern zu vergleichen sind, beziehen die Oberförster auch nach der 1890/91 erfolgten Aufbesserung höchstens 4500 ℳ Gehalt, während die Bauinspectoren der allgemeinen Bauverwaltung mit ihrem Höchstgehalt von 4800 ℳ noch um 600 ℳ hinter dem Höchsteinkommen der Gymnasiallehrer zurückbleiben. Auch bezüglich dieser beiden Kategorien von Beamten handelte es sich nicht darum, die Gehälter so zu regeln, wie dies endgiltig erwünscht wäre, sondern vorbehaltlich der definitiven Regelung im Zusammenhange mit einer allgemeinen Neuordnung der Einkommenverhältnisse der akademisch gebildeten Beamten zunächst darum, den dringendsten Bedürfnissen zu genügen. In dem gleichen Sinne wird auch die jetzt bezüglich der Lehrer an den höheren Lehranstalten geplante Maßregel gedacht sein. Es gilt anscheinend nicht, deren materielle Lage endgiltig aufzubauen, sondern durch einen Nothbau den dringendsten Uebelständen abzuhelfen; daß aber unter diesen Gesichtspuncten die Maßregel den Vergleich mit der Behandlung anderer Beamtenclassen sehr wohl verträgt, zeigen die obigen Gehaltszahlen.

* Bei den neuesten Berliner Stadtverordnetenwahlen haben die Socialdemokraten in der allein in Betracht kommenden dritten Classe abermals ansehnliche Erfolge davon getragen. Sie haben ihre drei zur Neuwahl stehenden Mandate behauptet, drei neue dazu erobert, eines von den Liberalen, zwei von den Conservativen, und stehen in zwei Bezirken noch in der Stichwahl mit Liberalen. Auch ist überall eine bedeutende Zunahme der socialdemokratischen Stimmenzahl zu bemerken. Wenn wir das allgemeine gleiche Wahlrecht in den Gemeinden hätten, so wären ohne Zweifel die communalen Vertretungen unserer großen Städte bald ganz überwiegend socialdemokratisch gesinnt. Die fortschrittliche Herrschaft in der Berliner Stadtverordnetenversammlung beruht nur noch auf der Classeneintheilung und dem Census, Einrichtungen, welche eben dieselbe Partei bei politischen Wahlen als reactionair und ungerecht aufs Aeußerste verabscheut. Wir haben aber noch nichts von fortschrittlichen Anträgen auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts bei Communalwahlen gehört.

* Die neuerdings veröffentlichten Mittheilungen über Leopold v. Gerlach veranlassen den Pastor v. Bodelschwingh, neuerdings die Betheiligung seines Vaters, des verstorbenen Ministers, an den Ereignissen im März 1848 und speciell seine Beziehung zu dem am 18. ergangenen Befehle, die Truppen aus Berlin zu ziehen, festzustellen. Zu diesem Zwecke theilt er der „Kreuzzeitung“ die Aufzeichnungen mit, die sein Vater am 30. März 1848 über diesen Punct aufgesetzt habe. Dieses Schriftstück hatte er, wie er weiter mittheilt, im Jahre 1889, wo in den Zeitungen an jene Episode erinnert worden war, auch Sr. Durchlaucht dem Fürsten v. Bismarck eingesandt, worauf dieser mit der Bitte antwortete, diese Aufzeichnungen veröffentlichen zu dürfen. Fürst v. Bismarck schrieb unter dem 20. März 1889: Ein Bekanntgeben dieses geschichtlichen Documentes scheint mir nicht nur im Interesse des Andenkens Ihres Herrn Vaters zu liegen, sondern sich auch aus politischen Gründen zu empfehlen. Dasselbe liefert weiteres Beweismaterial, um die Legenden zu zerstören, als ob es der Märzrevolution bedurft habe, um den König Friedrich Wilhelm IV. zum Erlaß der Verfassung zu bestimmen. Ihr Herr Vater ist ein classischer Zeuge in allen Fragen, welche unsere innere politische Entwickelung in den vierziger Jahren betreffen, und es ist daher von hohem Interesse, aus seinem Schreiben zu ersehen, daß bereits Jahre lang vor den Märztagen des Jahres 1848 die Regierung des Königs sich von der Nothwendigkeit überzeugt hatte, die Verfassung des Landes im constitutionellen Sinne auszubauen, und daß der Barricadenkampf, den man Märzrevolution nennt, nicht erforderlich war, um die Entschließungen des Königs herbeizuführen. Es war etwas Ueberflüssiges, und das Blut, welches er gekostet hat, ist für andere Zwecke und Pläne als zur Erlangung einer Verfassung in Preußen vergossen worden. Die Regierung Friedrich Wilhelm's IV. war vor dem Kampf am 18. März zur Einführung der Verfassung entschlossen und nach dem Siege der Truppen auch am 19. vollkommen stark genug, um jede Concession zu versagen, wenn der König es gewollt hätte.

* * *

* Im österreichischen Abgeordnetenhause wurde ein vom Abgeordneten Plener unterstützter Antrag des Abgeordneten Masaryk, wonach der Antrag Plener auf Steuererleichterung für Gewerbetreibende auf die Tagesordnung der am nächsten Freitag stattfindenden Sitzung gesetzt werden soll, da die Regierung die erwartete Vorlage nicht eingebracht habe, angenommen.

* Um der Verbreitung falscher Nachrichten zu Börsenzwecken durch strafgesetzliche Bestimmungen entgegenzutreten, soll einer Meldung der „Politik“ zufolge im neuen österreichischen Strafgesetzentwurf ein besonderer Paragraph aufgenommen werden, durch welchen die Irreführung der Börse als Strafdelict qualificirt und in strengster Weise geahndet wird. Die Formulirung eines solchen Paragraphen dürfte nun freilich eine sehr schwierige sein. Wie bekannt, haben wir in Deutschland eine vor vor einigen Jahren dahin gehende Ergänzung des Strafrechts vorgenommen, viel haben aber diese Bestimmungen nicht geholfen.

* Die deutsche Section des böhmischen Landesculturraths hat sich gleichfalls constituirt, die Wahl der Beamten erfolgte einstimmig. Zum Präsidenten der Section wurde der Präsident des deutschen landwirthschaftlichen Centralvereins, Gutsbesitzer Pfeifer, gewählt, welcher in einer Ansprache den Wunsch des Kaisers auf Durchführung des Ausgleichs beider Nationalitäten hervorhob und ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Kaiser ausbrachte. Die Section beschloß einstimmig die Absendung eines Telegramms an den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe mit der Bitte, dem Kaiser die Huldigung der Versammlung zu unterbreiten.

* Nach mehrmonatigem Waffenstillstand haben die Führer der Arbeiterbewegung in Frankreich das Kriegsbeil wieder ausgegraben und zunächst die Kohlenindustrie des Nordens aufs Korn genommen. Der Streik hat sich schnell über die Mehrzahl der Kohlengruben in den Departements du Nord und des Pas de Calais ausgebreitet, mit dem Ausblick auf einen allgemeinen Arbeiterausstand, wenn die Arbeitgeber nicht schleunigst und bedingungslos zu Kreuze kriechen. Schon ist es zu Conflicten zwischen den Streikenden und den Beamten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gekommen; überall tauchen Emissäre auf, die richtigen catilinarischen Existenzen, denen der Kundige auf den ersten Blick ansieht, daß sie hienieden nichts mehr zu verlieren haben, aber bereit sind, gegen angemessenes Entgelt jedes Verbrechen zu begehen, bei welchem die eigene werthe Persönlichkeit nicht in directe Schußlinie kommt. Dieses Gesindel nun überbringt den Kohlengrubendistricten die Ordres des Pariser Revolutionscomités, setzt den Leuten die maßlosesten Forderungen in den Kopf, schildert ihnen die Lage in Paris als eine solche, daß die Regierung schon binnen kürzester Frist vor den nouvelles couches sociales werde capituliren müssen, und daß Jeder, der es jetzt verabsäume, seine Wünsche und Forderungen vor aller Welt nachdrücklich geltend zu machen, es sich selbst zuzuschreiben habe, wenn er bei dem bevorstehenden Siege der proletarischen Revolution zu kurz komme. Das läßt sich der große Haufe natürlich nicht zweimal sagen. Im Pas de Calais sollen die Streikenden mit Subsistenzmitteln für einen Monat reichlich versehen sein, und weiter hinaus denken die Meisten nicht, wenn sie überhaupt einer soweit gehenden Voraussicht fähig sind. Inzwischen ist durch reichliche Kohlenzufuhr aus englischen und belgischen Häfen dafür gesorgt, daß der Aushungerung der kohlenbedürftigen Industrie ein Riegel vorgeschoben wird und so die Streikenden des Hauptpressionsmittels, das ihnen zur Verfügung stand, beraubt werden. Damit ist das Schicksal der frevelerweise inscenirten Arbeitseinstellung an sich entschieden und zwar zu Ungunsten der Streikenden. Erschwert könnte die Lage nur noch durch Gewaltthätigkeiten werden, die aber angesichts der regierungsseitig getroffenen Vorsichtsmaßregeln wohl kaum zu befürchten stehen.

* Nach aus Algier eingegangenen Nachrichten dauern die Unruhen an der marokkanischen Grenze fort. Zwischen den Stämmen der Beni-Nassen und Trifas kam es zu einem mehrstündigen Feuergefecht, bei welchem die Letzteren unterlagen.

* Wie die „Presse“ meldet, hat die rumänische Regierung bei der österreichischen Waffenfabrik 100 000 Repetirgewehre bestellt und einen weiteren Auftrag in gleicher Höhe in Aussicht gestellt. Auch seitens der italienischen Regierung gelte eine Bestellung als unmittelbar bevorstehend.

* Herr v. Giers wird nur bis Sonntag Abend in Paris sein. Er besuchte die Herren Carnot, Freycinet und Ribot, ferner Fleurens, Ferry und Spuller als früherer Minister des Auswärtigen. Am Freitag Abend wird ein Diner ihm zu Ehren im Elysée gegeben.

* Wie die „Rust. Wjedomosti“ melden, giebt der Gesundheitszustand des russischen Finanzministers zu ernsten Befürchtungen Anlaß.

* Die Verzichtleistung des Exkönigs Milan auf seine gesetzlichen und verfassungsmäßigen Rechte in Serbien wurde (nach einer Mittheilung der „Vossischen Zeitung“) vom Präsidenten des Staatsrathes Dr. Dokitsch erzwungen und man könnte fast Mitleid mit dem königlichen Verschwender haben, der sich auch in seinen finanziellen Hoffnungen getäuscht sieht. Die Verscherung, daß die Regierung der Skupschtina eine Vorlage wegen Fortbezuges der Apanage Milan's unterbreiten werde, ist ja sicherlich ernst gemeint, aber die sparsamen serbischen Bauern, welche gegenwärtig die Mehrheit der Abgeordneten bilden, werden sehr genau berechnen, wie theuer ihnen bisher der ehemalige Landesvater geworden ist, und sie werden seine Bezüge jedenfalls nicht in einer Höhe bemessen, daß Milan ferner in Paris sein lustiges Leben führen kann. Die Gründe, welche Dr. Doktsch geltend machte, bezogen sich auf die gefährdete Stellung der Dynastie, und sie müssen ihem Exkönige sehr überzeugend erschienen sein, daß er sich in die harten Bedingungen fügte. Es müssen sich in Serbien wieder seltsame Umtriebe bemerkbar machen, die russischen, montenegrinischen und Karageorgiewitsch'schen Ursprunges sein können. Stets lauern zwei Prätendenten auf den serbischen Thron: Fürst Nicolaus von Montenegro und sein Schwiegersohn Prinz Peter Karageorgiewitsch, der wenigstens die alten Rechte seiner einst regierenden Familie geltend machen kann, und die Serben sind ein eigenthümliches Volk, sie haben im Verjagen von Fürsten — wie ihre Geschichte beweist — eine gewisse Uebung, wie sie auch vor einer gewaltsamen Beseitigung nicht zurückschrecken. Die Entfernung des jungen Königs Alexander würde ihnen daher wenig Skrupel und noch weniger Mühe verursachen. Die radicale Regierung ist augenscheinlich mit ihrem Latein zu Ende, wenigstens wird gemeldet, daß die Agitation gegen das Cabinet Paschitsch im Wachsen begriffen ist und der Ausgleich mit dem Metropoliten Michael in der Kirchenfrage wird die Stellung des Ministeriums sicherlich nicht befestigen. Der Bauernführer Ranko Tajsitsch, einer der einflußreichsten Abgeordneten, befindet sich seit seinem Austritte aus der radicalen Partei auf dem Kriegspfade gegen das Cabinet, und dieser Gegnerschaft ist dasselbe entschieden nicht gewachsen, selbst wenn es noch einmal gelingt, ein gefärbtes Budget vor die Skupschtina zu bringen. Mit welchem Eifer eine solche Regierung die Geldansprüche Milan's vertreten wird, ist leicht zu ermessen, und der aus Serbien verbannte König, der jetzt weder Rang noch Titel bekleidet, wird zur Fristung seines Daseins bei Zeiten auf einen bürgerlichen Erwerb denken müssen. Eine Depesche von heute besagt:

* Belgrad, 18. November. König Milan's Verzichtleistung auf alle seine königlichen Rechte wurde dem Ministerium überreicht. Infolge eines Auftrages der serbischen Regierung zahlte vorgestern die Bisiga-Nama-Bank dem Exkönige, nachdem dieser die Declaration unterzeichnet hatte, 2 Millionen Francs aus.

* Die amerikanischen Zeitungen besprechen das Ergebniß der am 3. d. M. in einer Anzahl von Staaten der nordamerikanischen Union stattgehabten Staatswahlen. Es geht daraus hervor, daß die demokratische Partei im Staate New-York eine nie geahnte Stärke entwickelt und demgemäß einen Sieg errungen hat, der angesichts der Spaltung, die unter den Demokraten eingerissen war, alle Erwartungen hinter sich gelassen hat. Welches die Gründe für diesen glänzenden Wahlsieg gewesen sind, vermag die „N.-Y. Hdlsztg.“ vom 6. d. M. noch nicht zu sagen; mit zu dem Siege dürfte aber, wie das Blatt meint, die gesunde Haltung der Demokraten in der Währungsfrage, sowie in Bezug auf die Tarif-Reform beigetragen haben. Denn nur so sei es zu erklären, daß die demokratische Partei außerhalb der Städte New-York und Brooklyn, selbst in solchen Gegenden, die als „stockrepublikanisch“ bekannt seien, so viel Unterstützung gefunden habe, wie kaum jemals zuvor. Für die demokratischen Bewerber um die Staatsämter wurden außerhalb der Stadt New-York verhältnißmäßig mehr Stimmen abgegeben als in dieser Stadt selbst, in der man eine weit größere demokratische Mehrheit erwartet hätte. Von den Wahlen in den übrigen Staaten erregten allgemeines Interesse noch die in Iowa, Massachusetts, Ohio und Pennsylvanien. In Iowa hatten sich die Republikaner mit den Prohibitionisten (Temperenzlern) verbunden. Diese Vereinigung trieb sämmtliche Anhänger der persönlichen Freiheit in das demokratische Lager und führte eine Niederlage der Republikaner herbei, für die der Staat Iowa lange Jahre hindurch ein festes Bollwerk gebildet hat. In Iowa ist, eben so wie in Massachusetts, der bisherige demokratische Gouverneur wieder gewählt worden; der Gouverneur von Massachusetts ist ein Befürworter der Tarifreform und einer gesunden Silberwährung. Im Uebrigen aber hat dieser Staat auf seinem bisherigen republikanischen Standpuncte verharrt. Das Ergebniß der Wahl in Ohio, der Sieg der republikanischen Partei, war in Anbetracht der Thatsache, daß die Demokraten sich in ihrem Parteiprogramm offen für den Silberschwindel ausgesprochen hatten, von vornherein zu erwarten und hat in Folge dessen Niemanden überrascht. In Pennsylvanien haben die Republikaner gesiegt; aber es handelte sich dort hauptsächlich darum, der republikanischen Partei ein Vertrauensvotum zu geben, weil ihr Ansehen durch schmachvolle Betrügereien und Unterschlagungen seitens republikanischer Staats- und städtischer Beamten in der Stadt Philadelphia arg gelitten hatte.

* Der „New-York Herald“ läßt sich aus Buenos-Ayres melden, nach dort eingegangenen Depeschen aus Formosa sei von den Aufständischen in Paraguay die Residenz des Gouverneurs Delgado geplündert worden. Gerüchtweise verlautet, Delgado sei verwundet, mehrere seiner Officiere seien getödtet, von Buenos-Ayres seien Truppen nach Formosa gesandt worden. Das Land scheine am Vorabend einer neuen Revolution zu stehen, da sich zwei Candidaten, der Doctor Pizarro und der General Mitre, um die Präsidentschaft streiten. Die Garnison von Rosario in der Provinz Santa Fé habe gemeutert. — Ein weiteres Telegramm desselben Blattes meldet aus Buenos-Ayres, der Präsident Fonseca hätte drei Generale nach Rio Grande do Sul gesandt, um mit den Aufständischen zu verhandeln.

* Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Rio de Janeiro von gestern, die Aufständischen besetzigen die Stadt Rio Grande do Sul. Die Regierung schickte sich an, unverzüglich eine Abtheilung Truppen zur Sperrung der Provinz Santa Catharina zu entsenden.

Nochmals zur Abwehr.

Der Vorsitzende des conservativen Landesvereins für Sachsen, Herr Freiherr von Friesen auf Rötha, hat neuerlichst eine zweite „Erklärung“ (in der „Leipziger Zeitung“ vom 9. und im „Vaterland“ vom 13. November) gegen uns erlassen und zwingt uns dadurch zu einer nochmaligen Abwehr.

Wir bedauern aufrichtig, daß es zu einer solchen öffentlichen Auseinandersetzung zwischen zwei Parteien hat kommen müssen, die durch das gemeinsame Interesse der Bekämpfung reichs- und ordnungsfeindlicher Elemente auf das einträchtigste Zusammengehen angewiesen sind, allein wer geben getrost das Urtheil darüber, von welcher Seite der erste Anlaß dazu gegeben worden, jedem Unbefangenen anheim.

Zu der ersten Abwehr, in der October-Nummer unserer Correspondenz, sahen wir uns — sehr gegen unseren Wunsch und Willen — genöthigt durch die heftigen Vorwürfe, die Herr Freiherr von Friesen in einer früheren Erklärung (im „Vaterland“ vom 23. October) zunächst allerdings dem „Leipziger Tageblatt“, indirect aber der ganzen nationalliberalen Partei und uns, ihrem Vorstande, machte, indem er das „Leipziger Tageblatt“ als „das Organ“ (was nur so viel heißen konnte, als: „das officielle Organ“) der nationalliberalen Partei Sachsens bezeichnete.

Auch in der neuesten Erklärung des Herrn von Friesen ist die Rede von „unvorsichtigen Aeußerungen von nationalliberaler Seite“, solchen, die fast einer Kriegserklärung (gegen die Conservativen) gleichgekommen seien, von „gehässigen Angriffen und Verdächtigungen während der Wahlen“ u. dgl. m. — Alles in einem solchen Zusammenhange, als sei die ganze nationalliberale Partei dafür verantwortlich, ohne daß auch nur gesagt wird, von wem jene Aeußerungen, Angriffe und Verdächtigungen ausgegangen, oder wo sie zu lesen seien. Und doch war in unserer ersten Abwehr deutlich genug gesagt, daß nur die „Correspondenz des nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen“ und kein anderes Blatt „das Organ“ der nationalliberalen Partei sei!

Was würde Herr von Friesen wohl sagen, wenn wir die vielen gegen uns gerichteten, oft sehr gehässigen Aeußerungen einzelner conservativer Blätter auf Rechnung der conservativen Partei setzen wollten, beispielsweise folgende im „Chemnitzer Tageblatt“ vom 13. October enthaltene Weissagung: „Bald wird es nur noch Eine große staatserhaltende (conservative) Partei geben und ihr gegenüber eine Partei der Vollmundigen — oder so manche gegen unsere Partei oder gegen das Cartell gerichtete Auslassungen der „Leipziger Zeitung“? Und wir wären zu Letzterem mindestens weit eher berechtigt, als Herr von Friesen zur Identificirung des „Leipziger Tageblattes“ oder eines anderen nationalliberalen Blattes mit unserer ganzen Partei, denn einen der schlimmsten Ausfälle der „Leipziger Zeitung“ (Nr. vom 19. October) hat das „Vaterland“ ganz vorbehaltlos zu dem seinigen gemacht, indem es (Nr. vom 23. October) schrieb:

„Wir möchten noch ausdrücklich (!) erklären, daß wir